

AUSBEUTUNG UND FEHLENTWICKLUNGEN VON GESELLSCHAFTEN

KORRUPTION - GLOBALE ERPRESSUNG - BLOCKIEREN VON INNOVATIONEN

Gesellschaftstheorie: Die Entwicklung einer Gesellschaft in einer funktionierenden Demokratie wird von dem ausgewogenen und friedlichen Wechselspiel der gesellschaftlichen Kräfte unter Einbeziehung der unterschiedlichsten Interessengruppen bestimmt. Dies führe, so die Theorie, zu einer optimierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, bei der alle gesellschaftlichen Kräfte angemessen von den gemeinsam erarbeiteten Leistungen profitieren und auch weitestgehend gerecht behandelt würden.

Gesellschaftliche Wirklichkeit heute: Im Widerspruch zur Theorie zeigt die heutige gesellschaftliche Realität und gelebte Praxis, dass aufgrund des Einflusses dominanter Interessengruppen und deren Lobbyisten bei Verteilungs- und Entscheidungsprozessen oft einseitige Interessen und vielfach kurzfristige Aspekte die Überhand gewinnen und damit optimierte Entwicklungen verhindert werden. Charakteristisch für eine durch einseitige Interessengruppen geprägte Gesellschaft sind eng verflochtene Eigeninteressen von Macht-, Wirtschafts- und Finanzgruppen, die wegen deren permanenten Machteinfluss und Beharrungsvermögen im Laufe der Zeit zu einer wachsenden Systemerstarrung der Gesellschaft führen. Eine solche über längere Zeiträume von dominierenden gesellschaftlichen Gruppen und kurzfristigen Eigeninteressen geprägte Gesellschaft hat sich bereits weit von den ausgewogenen Machteinflüssen in einer funktionierenden Demokratie entfernt, die allein eine optimierte friedliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und sozial ausgewogene Entwicklung gewährleisten kann.

In einer fundierten DABEI-Veröffentlichung haben meine Präsidiumskollegen Dr. Alexander Kantner und Dr. Michael Gude sowie mein Vorstandskollege Dr. Carsten Deckert den Korruptionsbegriff klar definiert und den schädlichen Einfluss der verschiedenen Korruptionsformen auf das Innovationsgeschehen und die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften dargelegt. (siehe unter [dabei-ev.de /Publikationen/Aktionspapiere](http://dabei-ev.de/Publikationen/Aktionspapiere))

Der Autor definiert den Korruptionsbegriff noch umfassender:

Korruption umfasst alle Tatbestände, die mit unausgewogenen, insbesondere kurzfristigen Privilegien und/oder geldwerten Vorteilen für Gruppen verbunden sind, und die mit einer direkten oder indirekten Einflussnahme von Personen oder Gruppen unter Vorteilsnahme auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen erzielt wurden.

Beurteilungskriterien sind hierbei immer deutlicher erkennbare gesellschaftliche Fehlentwicklungen, die fast immer nur ausgewählten gesellschaftlichen Gruppierungen zu Gute kommen, allerdings später (oftmals erst nach Jahrzehnten) mit großen zusätzlichen Lasten verbunden sind, die aufgrund der früheren einseitigen, falschen politischen Entscheidungen der breiten Masse der Gesellschaft aufgebürdet werden.

Der Autor will ins Bewusstsein rufen, dass in Gesellschaften ein fließender Übergang zwischen dem Einfluss von Lobbyisten und einseitigen direkt durch Korruption beeinflussten Machtentscheidungen existiert, der erst im Nachhinein an den Auswirkungen, das heißt an später nachweisbaren, offenkundigen gesellschaftlichen Fehlentwicklungen festgestellt werden kann. Zu klären ist allerdings die interessante Frage, ob die Einflussnehmer auf politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungen die resultierenden späteren nachteiligen Entwicklungen nicht bereits zum Zeitpunkt ihres Handelns vorhersahen und billigend in Kauf genommen haben. Politiker nehmen für sich in Anspruch, dass ihre Entscheidungen zur Zukunftssicherung der Gesellschaft und primär dem Wohl der Bürger dienen. Angesichts sich häufender Fehlentwicklungen kann daraus geschlossen werden, dass sie entweder bei vielen ihrer getroffenen Entscheidungen daraus resultierende negative Folgewirkungen nicht abschätzen konnten oder diese aus Opportunismus schlicht ausgeblendet haben.

Eine wachsende Zahl von Bürgern nimmt wahr, dass unsere Gesellschaften immer stärker von Eigeninteressen geprägt sind und gesellschaftliche Grundwerte, Ethik und Moral in Relation zu Macht, Einfluss und Geld keinen besonderen Stellenwert mehr besitzen. Die mit diesem Werteverfall verbundenen, neuen Einkommens- und Vermögensverteilungen werden daher von einer breiten Öffentlichkeit zunehmend als ungerecht und unsozial empfunden. Die offenkundige Diskrepanz zwischen gepredigten Werten und dem Verhalten von "Entscheidern" bedroht den gesellschaftlichen Konsens. Solche Gesellschaften sind daher geprägt von einer zunehmenden Entfremdung zwischen Obrigkeit und Bürgern.

Historische Beispiele erfolgreicher Revolutionen zeigen, dass gravierende, sich verschärfende soziale Missverhältnisse nicht beliebig lange aufrechterhalten werden können und zwangsläufig in Systemzusammenbrüchen enden. Geschichtliche Systemzusammenbrüche und Revolutionen sind daher anschauliche historische Beispiele für nicht mehr korrigierbare gesellschaftliche Fehlentwicklungen. Die mittelbaren Verursacher von Revolutionen waren stets die Machteliten, sie trugen dafür die Verantwortung, weil sie schlichtweg bei der Aufrechterhaltung eines Mindestlebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung versagt hatten oder vielfach einseitig dominierende, nur auf eigene Vorteile bedachte Interessengruppen bedienten. Unter dem Einfluss dominierender Machteinflüsse ließen die Machteliten gravierende soziale Missstände und sich extrem einseitig entwickelnde Vermögensverteilungen und Machtverhältnisse zu und versuchten zu lange, die allein für sie selbst vorteilhaften Verhältnisse mit aller Macht aufrechtzuerhalten.

Im Bewusstsein vieler Bürger wurde das Phänomen der Systemerstarrung fast immer nur auf totalitäre Systeme bezogen, die, wie sich in der Geschichte zeigte, aufgrund innerer Instabilitäten oder verloreener Kriege zusammengebrochen sind.

Im Zuge der Globalisierung, das heißt einer außerordentlich mächtigen international verflochtenen Finanz- und Weltwirtschaft, zeigen inzwischen auch marktkapitalistisch geprägte Demokratien mit unterschiedlichen Ausprägungen zunehmend besorgniserregende Zeichen einer Systemerstarrung, die von einseitigen Vermögensverteilungen und wachsenden sozialen Diskrepanzen auf diesem Globus begleitet werden. Leider trifft dies auch für Deutschland zu.

In den heutigen überwiegend markt-kapitalistisch ausgerichteten Demokratien wird eine solche Systemerstarrung durch Lobbyisten und politische Eliten gefördert, die die bestehenden Machtverhältnisse und den gegenwärtigen für sie vorteilhaften Zustand solange wie möglich fortschreiben wollen. Charakteristisch hierfür ist eine „rein reaktive Politik“, das heißt eine Methode des Aussitzens und der nachträglichen Korrektur von unhaltbaren Zuständen, wenn es denn gar nicht mehr anders geht, wobei man sich hierbei vorrangig am eigenen Machterhalt orientiert und ein gutes Abschneiden beim nächsten Wahltermine im Auge hat. Bei weniger augenfälligen langsamen Veränderungen in der Gesellschaft können mit einer solchen "reaktiven Politik" unter Umständen noch für eine gewisse Zeit Erfolge erzielt werden.

Im Falle von schnellen Veränderungen des wirtschaftlichen und ökologischen Umfeldes oder sonstiger Entwicklungen mit hoher Eigendynamik führt eine derartige Politik des Aussitzens und der Problemverschiebung zu Fehlentwicklungen, die nachträglich nicht mehr korrigiert werden können. (Gorbatschow: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.")

Die derzeitige politische Kurzsichtigkeit in vielen westlichen Industrieländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts verbunden mit einer „rein reaktiven Politik“ gefährden die Zukunft künftiger Generationen und versagen zwangsläufig, wenn es darum geht, zukunftssichere Lösungen für sich dynamisch weiterentwickelnde Gesellschaftssysteme zu erarbeiten.

Ein aktuelles Beispiel für ein solches Politikversagen sind der Umgang mit der Verwendung von Rohstoffen, Energie und einer zunehmenden Umweltschädigung durch Verschmutzung des Planeten, sowie fehlende Maßnahmen zur Abwendung der Klimakatastrophe, die selbst bei einer sofortigen Halbierung des Kohlendioxidausstoßes in diesem Jahrhundert nicht mehr gestoppt werden kann.

Im technischen Bereich führen Widerstände und die Unterdrückung neuer Technologien durch die etablierte Marktmacht ebenfalls zu Systemerstarrungen und längerfristig, weil leider viele volkswirtschaftlich wichtige Entwicklungen verschlafen wurden, zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. In Bereichen mit aufwändiger Infrastruktur, wie der Energiewirtschaft, wird technologisches Beharrungsvermögen und Konservatismus zusätzlich auch noch gestützt durch sehr lange Abschreibungszeiten und damit rein monetäre Gesichtspunkte, die die Energieversorger im Auge haben.

Einzelfinder und kleine Unternehmen haben in diesen Bereichen kaum Erfolgschancen. Zusätzlich bedeutete die Abschaffung des halben Steuersatzes für erfolgreiche Einzelfinder angesichts wachsender globaler technologischer Herausforderungen ein völlig falsches Signal. Diese schwierige Lage hat wesentlich dazu beigetragen, freie Erfinder zu demotivieren und die freie Erfindertätigkeit nachhaltig negativ zu beeinflussen. Die Rückforderungen einmal gewährter Steuervorteile für Entwicklungskosten bei einem wirtschaftlichen Misserfolg einer erfinderischen Entwicklung durch Finanzämter haben ihr Übriges getan, freie Erfinder in ihrer Existenz zu gefährden.

Die Unterstellung, ein freier Erfinder als Person betreibe im Gegensatz zu einer auf Geschäftserfolg ausgerichteten juristischen Person Liebhaberei, stellt aus Sicht des Autors eine gravierende Ungleichbehandlung zwischen einer Person (Erfinder) und einer juristischen Person dar, die im Sinne des erforderlichen Freisetzens von Innovationspotenzial dringend beseitigt werden muss. In Fällen eines berechtigten Zweifels an den technischen und wirtschaftlichen Erfolgsaussichten könnte zum Beispiel eine Bewertung durch eine unabhängige Institution erfolgen. Auf keinen Fall sollte es sich jedoch eine zukunftsorientierte Gesellschaft leisten, Erfinder, die mit eigenem erarbeiteten Geld und vollem Risiko neue technologische Wege beschreiten und damit einen wertvollen Beitrag zum technischen Fortschritt leisten wollen, zu demotivieren und in ihrer Existenz zu gefährden. DABEI hat in zahlreichen Veröffentlichungen auf die besonders schwierige Situation von Einzelfindern in unserer Gesellschaft hingewiesen und menschliche Erfinderschicksale anhand von konkreten Beispielen aufgezeigt, wie z.B. an der Entwicklung des "Vetterofens und des Nasskamins" oder des "Sauerrelais".

Die Globalisierung, der rasche technische Wandel und die neuen Möglichkeiten der Kommunikationstechnik haben uns in Verbindung mit der Bevölkerungsexplosion in den Schwellen- und Entwicklungsländern eine Vielzahl von Entwicklungen mit hoher Eigendynamik beschert, die zunehmend vorausschauendes politisches Handeln erfordern, damit gravierende gesellschaftliche und globale Fehlentwicklungen vermieden werden können. Jüngstes Beispiel einer solchen Fehlentwicklung: die Finanzkrise, die von einigen Kennern der Szene - wirkliche Experten auf diesem Gebiet - vorhergesagt wurde, deren Warnungen wurden jedoch von der Politik schlicht ignoriert. Die Gier der Banken nach immer höheren Profiten hat zur Schaffung von Finanzpapieren geführt, die keinen Bezug mehr zu realen Werten, wie geleistete Arbeit und produzierte Güter, hatten. Die Finanzkrise hinterlässt im Groben drei Kategorien: 1. Spekulationsgewinner, 2. überlebende Banken, die als Entschädigung für nicht mehr zu bedienende Kredite reale Güter, Immobilien und sonstige vorhandene Vermögenswerte und als Belohnung für ihr angerichtetes Desaster exorbitant hohe Bundeshilfen erhalten haben und 3. die große Mehrheit, die Betrogenen, die Güter (Häuser) und Kapital zum Lebensunterhalt und für ihre Alterssicherung verloren haben.

Die Bundesregierung lobt sich aber stattdessen in den höchsten Tönen, wie hervorragend sie die Krise gemeistert habe, eine Kanzlerleistung par excellence! (Hypo Real Estate lässt grüßen, bedankt sich freundlich und fordert jetzt nach etwa

200 Milliarden € bereits geleisteter Bundesbürgschaft noch einen weiteren Nachschlag in Höhe von 40 Milliarden €)!

Von Interessengruppen der Finanzwirtschaft wurde die im Zuge der Finanzkrise drohende Gefahr eines globalen Zusammenbruchs des Finanzsystems und des Wirtschaftssystems mit massiven Arbeitsplatzverlusten gegenüber der Politik als „legale“ Erpressung genutzt, Milliarden Steuergelder mit dem Preis unerträglich hoher Staatsverschuldungen in den einzelnen Ländern zur Stützung des Finanzsystems zu erhalten. Im Fall der Finanzkrise ist das Versagen einer „reaktiven Politik“ ganz offenkundig und kann nicht schön geredet werden, da weder vorher noch bis jetzt aufgrund des massiven Einflusses von Interessengruppen keine globalen handhabbaren Regelungen der Politik zur wirksamen Kontrolle des Finanzsystems und keine Lösungen zur Refinanzierung der Staatsschulden, die durch die Verursacher entstanden sind, in Sicht sind. Aus Rücksicht auf die Eigeninteressen der Finanzwirtschaft wurde eine unakzeptable, hohe Verschuldung der nächsten Generationen in Kauf genommen und nur sehr zögerlich werden Regelungen angegangen, die über eine geringfügige Transferabgabe für Transfergeschäfte der Banken eine partielle Beteiligung der Verursacher am Schuldenabbau ermöglichen würden. Da im Gegensatz zu publizierten Aussagen „die Gelder nicht verbrannt sind“, sondern lediglich die Besitzer gewechselt haben - denn irgendjemand hat früher für heute wertlose Finanzpapiere selbst reales Geld bezahlt - stellt die Finanzkrise und die hohe Verschuldung der nächsten Generationen zu Lasten der Gewinner aus der Finanzkrise nach Einschätzung des Autors die bislang größte Vermögensumverteilung auf diesem Globus dar.

Es ist nicht vorstellbar, wie Regierungen angesichts der enormen Staatsverschuldung je wieder eine ausreichende finanzielle und politische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können. Eine sich abzeichnende politische Lösung für die neben den Banken auch die EU und einzelne Mitgliedstaaten verantwortlich sind, erscheint später als einziger Ausweg eine "tolerierete Inflation" mit einer weiteren „Enteignung“ von Kapital zu Lasten der Allgemeinheit zu sein, was allerdings nichts anderes heißt, als dass für die in der Vergangenheit geleistete Arbeit der Bevölkerung später keine angemessene Vergütung in Geldmitteln mehr zur Verfügung stehen wird. (Schleichende Enteignung des Kapitals für den Klein- und mittelständischen Unternehmer und von Lohn und Gehalt der arbeitenden Bevölkerung!)

Angesichts des Ausmaßes und der Einseitigkeit der negativen Auswirkungen der Finanzkrise auf die Nichtverursacher der Finanzkrise und der Tatsache, dass die Verursacher und die Politik selbst keine eigenen nennenswerten Opfer zu deren Lösung erbringen und diese Entwicklung sich noch weit in die Zukunft fortsetzen wird, ist augenscheinlich geworden, dass die Finanzkrise eigentlich als eine Offenbarung der Ausbeutung gesellschaftlicher Mehrheiten (der arbeitenden Bevölkerung) durch Minderheiten (beispielsweise Finanzhaie, die keinerlei gesellschaftsrelevanten Wertschöpfungsbeitrag erbringen) zu verstehen ist.

Dazu zählen allerdings auch die Politiker, Banker und die vielen "hohen Herren" in den Aufsichtsgremien, die die Auswüchse der weltweit agierenden Finanzhaie mit

ihren kreierten wertlosen Finanz-Phantasieprodukten durch Wegsehen geduldet haben, heute ihr Versagen nicht wahr haben wollen und jedwede Verantwortung dafür weit von sich weisen! Auch diese Gruppe muss man als Mitverantwortliche für den Ausbeutungsprozess bezeichnen! Das System hat sich damit selbst entlarvt!

Systemstabilität in einer Gesellschaft wird sich angesichts dieser globalen Entwicklung längerfristig nur dann erreichen lassen, wenn das in der Gesellschaft vorhandene Innovationspotenzial mit von der Politik gesetzten geeigneten Rahmenbedingungen voll ausgeschöpft wird und die breite Mehrheit an diesem Prozess mitwirkt und auch an dem daraus resultierenden Mehrwert in gerechter Weise partizipiert.

Da die internationalen Finanzströme sich weitestgehend an kurzfristigen Renditen orientieren und die finanzielle Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hände stark eingeschränkt ist, bedeutet dies auf absehbare Zeiträume für hoch industrialisierte Gesellschaften eine tiefgreifende Krise einer kapitalgesteuerten, das heißt, mit unzureichendem Kapital zur Zukunftssicherung ausgestatteten Innovationspolitik. Dies hat zur Folge, dass in einer Gesellschaft, deren Wohlstand überwiegend auf industrieller Produktion und Export beruht, - dies ist aufgrund des sehr hohen Exportanteils am Bruttosozialprodukt in Deutschland der Fall -, nicht mehr die Menge an Innovationen erarbeitet wird, die zur Aufrechterhaltung des bisherigen Lebensstandards erforderlich wäre.

Die Konsequenz aus zu niedrigen Innovationsraten ist ein sinkender Lebensstandard und als Folge davon eine in Gang kommende Systeminstabilität.

Die Überwindung dieser Krise und um wieder zu einer Systemstabilität zu kommen, erfordert umgehend eine neue Art des Denkens und Handelns, weg von einem von „oben“ gesteuerten System hin zu breiten Eigeninitiativen aus allen Teilen der Bevölkerung.

Bei stark eingeschränkter finanzieller Handlungsfähigkeit des Staates und seiner Organe bleibt nichts anderes übrig, als das bislang dominierende Subsidiaritätsprinzip auf den Kopf zu stellen und durch ein von Autor so definiertes „inverses Subsidiaritätsprinzip“(1) zu ersetzen, das auf einem verstärkten zukunftsorientierten Handeln der Individuen und einer effizienteren Nutzung der für Innovationen nutzbaren Infrastruktur setzt. Das bedeutet nichts anderes als „Investivarbeit in Innovationsprozesse“ bei „Sondernutzung von Infrastruktur für Innovationsprozesse“ zu ermöglichen.

Die Aufgabe des Staates läge darin, geeignete Rahmenbedingungen und steuerliche Anreize dafür zu schaffen, damit möglichst viele Innovatoren ihre Ideen und Vorhaben zum Nutzen der Gesellschaft realisieren können.

Wenn die westlichen Demokratien und natürlich Deutschland als eine immer noch bedeutende Industrienation wieder ein stärkeres Zukunftsprofil gewinnen, die bestehende Entfremdung zwischen Politik und Individuen abgebaut wird und ein kooperatives Miteinander das Gegeneinander ersetzt, bieten die lange technische

Kultur in Deutschland und Europa und die globale Wissensgesellschaft für kreative Individuen, innovative Unternehmen und eine offene Gesellschaft wieder Chancen für eine lebenswertere Zukunftsgestaltung .

DABEI hat sich unverändert das Ziel gesetzt, dazu beizutragen, dass Deutschland - historisch gesehen - als Land der Dichter und Denker und Europa hinsichtlich Inventionen und daraus generierten Innovationen weltweit wieder wie früher einen Spitzenplatz einnimmt.

Mein besonderer Dank gilt dem DABEI Präsidenten Dr. Alexander Kantner für seine fachlichen Anregungen und Ergänzungen zu diesem Beitrag.

Literatur

- (1) Dr. Wolfgang Heidrich, „Wachstumsimpulse für technologieorientierte Unernehmensgründungen“, - Innovative Partnerschaftsmodelle mit hoher Prozessdynamik - Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis BFuP 2002, Verlag Neue Wirtschaftsbrieife Herne/Berlin

Herausgeber: Deutsche Aktionsgemeinschaft Bildung – Erfindung – Innovation (DABEI) e.V.
Steinstraße 16 – 18, 40212 Düsseldorf

Autor: Dr. Wolfgang Heidrich (DABEI-Vorstand) v.i.S.d.P.

Aktionspapier der
Deutschen Aktionsgemeinschaft Bildung - Erfindung - Innovation (DABEI)

Über DABEI:

Die Deutsche Aktionsgemeinschaft Bildung – Erfindung – Innovation kämpft seit 1982 als unabhängige Arbeitsgemeinschaft für die Erhöhung der Innovationskraft in Deutschland. Die Voraussetzungen für Innovationen, nämlich Bildung und Erfindung, wurden bereits vor 25 Jahren aufgezeigt und auf die Konsequenzen zu niedriger Innovationskraft wie hohe Arbeitslosigkeit und galoppierende Staatsverschuldung hingewiesen.

Kontakt:

DABEI e.V.
Geschäftsstelle
Steinstraße 16-18
40212 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 876 382 0
Fax: 0211 / 876 382 22
E-Mail: info@dabei-ev.de
Internet: www.dabei-ev.de